



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die Wahlen zum württembergischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Unterhalt der Hilfsbedürftigen zu sorgen haben, in voller Geltung; sie suchen aber die richtige Anwendung dieses Prinzips zu regeln und mehr wie bisher zu sichern, damit für die Zukunft Uebelstände, die auch in neuester Zeit vielfach in unserer Armenpflege hervorgetreten sind, möglichst vermieden werden.

Eg.

Die Wahlen zum württembergischen Landtag.

Aus Schwaben, Mitte Juli.

Die Landtagswahlen sind vorüber. Ihr Ergebnis ist eine Niederlage der Regierung, die wenigstens in diesem Umfang unerwartet, jedenfalls aber längst verdient war: ein Werk ausgleichender Gerechtigkeit. Denn die Niederlage ist der Regierung in erster Linie beigebracht durch ihre Bundesgenossen im Zollparlamentswahlkampf, mit denselben Waffen, über welche sie vor vier Monaten selber den Segen gesprochen. Sie hat geerntet, was sie damals gesät. Unschwer war vorauszusehen, daß, wenn das *par nobile fratrum* einmal sich in die Haare gerieth, — und dies war bei den württembergischen Wahlen unvermeidlich — die Regierung gegen den rücksichtsloseren Genossen den kürzeren ziehen werde, solange sie fortfährt, die Unterstützung der anständigen und unabhängigen Kreise der Bevölkerung zu verschmähen.

Andererseits darf man freilich den Sieg der Demokratie nicht überschätzen. Man darf nicht meinen, daß schwäbische Volk habe mit diesen Wahlen Preußen den Fehdehandschuh hinwerfen wollen und die nächste Folge werde die Kündigung der Verträge und die Mobilisirung des schwäbischen Milizheers sein. Diese Deutung verbietet schon der verhältnismäßige Erfolg, den neben der Demokratie die nationale Partei diesmal errungen hat. Versuchen wir es die Bedeutung des Wahltags näher festzustellen, dessen Vorbereitung Schwaben wiederum drei Wochen lang in gelinde Aufregung versetzt hat.

Bei einem von Parteien so durchwühlten Lande ist es nicht leicht, eine Durchschnittsmeinung desselben zu constatiren. Doch ist so viel gewiß, daß die große Menge zu keiner der vorhandenen Parteien gehört und nur vorübergehend in den Kreis derselben gezogen werden kann. Die Volkspartei hat ihren Anhang hauptsächlich in dem Kleinbürgerthum der kleinen Städte, die deutsche Partei in den gebildeten Klassen, in dem höheren Gewerbe- und Handelsstand, auch unter Offizieren und Beamten, soweit man sich hier zu einer unabhängigen Gesinnung entschließen kann. Die Ultra-

montanen vermögen nur in einzelnen Landestheilen den Ausschlag zu geben; eine Regierungspartei endlich ist im Grund nur in der Hauptstadt organisirt, wo sie sich an die Interessen des Hofes knüpft. Die große Menge, zumal die Landbevölkerung, steht, wie gesagt, außerhalb aller Parteiorganisation und bildet das große neutrale Feld, um welches sich diesmal vorzugsweise der Einfluß der Regierungsbeamten und der Einfluß der radicalen Schlagworte mit einander stritten.

Darf man nun von einer eigenen Meinung dieser großen Masse reden, die nun einmal bei dem allgemeinen Stimmrecht den Ausschlag gibt, so muß man vor Allem bei ihr keine extremen Neigungen voraussetzen. So wenig in Schwaben als anderswo hätte sie Lust nach revolutionären Experimenten. Man will Frieden haben, nicht bloß nach außen, sondern auch mit den deutschen Brüdern. Den Bruch mit Deutschland will man so wenig als im Jahr 1866 der Rath der „nächtlichen Art“ Anklang fand. Man will, daß die mit Norddeutschland geschlossenen Verträge ehrlich gehalten und die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, im Uebrigen aber alle weiter gehenden Verbindlichkeiten ferngehalten werden. Also keine weitere Annäherung an Preußen, es ist schon jetzt genug und übergenug; vor Allem kein Eintritt in den norddeutschen Bund, von dem nun einmal in der schwäbischen Phantasie die Vorstellungen von unerschwinglichen Steuern, unerhörten Militärlasten und haarsträubenden Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit unzertrennlich sind. Dabei schüttelt man ungläubig zu den Südbundsprojekten den Kopf. Ueberhaupt ist das Volk wesentlich conservativ, selbst im jetzigen Zustande, an dessen Dauer im Grund Niemand glaubt, und wenn man sich nicht verbergen kann, daß schließlich doch ein näherer Anschluß an den Nordbund unausbleiblich ist, so will man sich wenigstens damit nicht beeilen und nicht selbst die Hand dazu bieten. Das wird sich ja Alles „von selber“ machen; mag also das weitere getrost der Vorsehung anheimgestellt werden.

So etwa die Durchschnittsmeinung des Landes. Und dennoch der Sieg einer extremen Partei? Und eine Niederlage der Regierung, deren Programm der gedankenlosen Trägheit doch nichts anderes war, als die Formulirung eben dieser Stimmung, die genau jene Mitte zwischen Volkspartei und nationaler Partei einzuhalten bemüht war und die noch überdies den ganzen dienstwilligen Apparat ihrer Bureaucratie zur Verfügung hatte?

Vor Allem überschätzte die Regierung ihre Kräfte und ihre Autorität, wenn sie meinte, das allgemeine Stimmrecht heute in diesem, morgen in jenem Sinne lenken und benützen zu können. Sie scheint keine Ahnung davon gehabt zu haben, in welchem Grad sie sich durch ihre schwankende ziellose Politik das Vertrauen nicht bloß der Parteien, sondern auch des Volkes entfremdet hat. Heute diejenigen als Landesfeinde zu denunciiren, mit denen man gestern

noch Arm in Arm gewandelt war, heute dieser, morgen der entgegengesetzten Partei einen Liebesblick zuzuwenden, der sich regelmäßig am folgenden Tag in einen Bannstrahl verwandelt, scheint doch das seltsamste Mittel von der Welt, um nach den Erschütterungen des Jahres 1866 die Autorität der Landesregierung zu befestigen. Als die Regierung mit ihren Bundesgenossen vom März brach, als sie Candidaten gegenübertrat, die damals unter denselben Feldzeichen mit ihr gekämpft hatten, drängte sich den Wählern die erklärliche Frage auf, ob denn diese Candidaten oder ob die Regierung ihre Stellung verändert habe und den damaligen Bekenntnissen untreu geworden sei; und die Antwort konnte nicht zu Ungunsten der demokratischen Bewerber ausfallen. Auf ihrer Seite fand man die Konsequenz; sie agitirten noch jetzt mit denselben verständlichen Schlagworten, die damals auch die Regierung nicht verschmäht hatte, ja an manchen Orten war man hartnäckig genug zu meinen, daß man trotz der Anstrengungen des „Staatsanzeigers“, der Regierung auch jetzt wieder einen willkommenen Dienst leiste, wenn man die entschiedensten Gegner des Anschlusses an Preußen wähle. Man erlaubte sich an dem Ernst ihrer Polemik gegen die Volkspartei zu zweifeln, und wie wir sehen werden, nicht ganz ohne Grund; hatte doch die Regierung selbst aus allen Tonarten das Lob der süddeutschen Fraction gesungen, und diese Fraction, die sich rühmte, in Berlin so erfolgreich der Verpreußung des Landes entgegengetreten zu sein, bildete den Kern der jetzigen Candidatenliste der Volkspartei. Offenbar war kein zureichender Grund vorhanden, ihr jetzt untreu zu werden.

Dazu kommt, daß die Regierung wenig Glück hatte mit den Candidaten, welche sie ihrerseits den Wählern anzubieten fand. Man muß freilich gestehen, daß sie in der Auswahl beschränkt war, da sie dieselben nicht in den unabhängigen Kreisen suchen konnte. Im Beginn der Wahlagitation war zwar viel von „unabhängigen Landwirthen“ die Rede, welche in Anbetracht der zu erwartenden Vorlagen der nächsten Kammer besonders wohl anständen. Aber die Regierung hatte damit ihre officiellen Candidaturen nur schlecht maskirt, und schließlich war sie doch genöthigt, zu einer Reihe von eigentlichen Regierungsbeamten zu greifen, deren Wahl in der That eine starke Zumuthung für das zum erstenmal des allgemeinen geheimen Stimmrechts frohe Volk war. Von den Ministern war zwar Herr v. Golther so weise gewesen, noch vor Beginn des Wahlkampfes die ausgestreckten Fühlhörner wieder einzuziehen. Herr v. Mittnacht, den noch die Glorie vom 1. Mai umstrahlte, — er selbst war freilich in einer Wahlrede so bescheiden anzuerkennen, daß man von seinem damaligen Auftreten „allzuviel Rühmens“ gemacht habe, womit er freilich im halben Athem die Verwunderung verband, daß man ihm anstatt der Ovationen, die seinem Collegen Böck zu

Theil würden, jetzt eine heftige Opposition bereite, — auf diese Vorbeeren gestützt, durfte er abermals als Bewerber auftreten, doch glückte es ihm nicht ohne erhebliche Gegnerschaft. Und noch weniger Gunst erfuhren die übrigen Staatsbeamten, sodaß die eigentlich ministerielle Partei in der Kammer sich auf eine recht bescheidene Anzahl reducirt.

Nun ist es freilich nicht das Beobachterprogramm vom 10. Juni, das der Regierung diese Niederlage beigebracht hat. Mit der brüskten Kriegserklärung gegen Preußen, wie dieses Programm sie enthielt, ließ sich doch wenig ausrichten, diese Erfahrung machten die demokratischen Candidaten in Bälde. Einer nach dem andern begann gelindere Saiten aufzuziehen und erklärte an das Programm sich nicht zu binden. Der eine hielt wenig Stücke auf den Südbund, der andere wollte die Verträge gehalten wissen und protestirte gegen eine Allianz mit dem Ausland. Ein dritter wollte wenigstens so lange die Verträge halten, bis sie „in sich selber zerfallen“. Manche waren sogar so ehrlich, die populäre Parole des Milizsystems zu verschmähen. Kurz, auch das anmaßliche officiële Programm der Volkspartei hat seine Niederlage zu verzeichnen. Es vermochte nicht einmal die eigenen Leute bei der Fahne zu halten. Es ging ihm mit seinem fröhlichen Kriegsgeschrei fast ebenso, wie der Regierung mit dem Vertrauen, das sie für ihre Bediensteten in Anspruch nahm.

Dies war freilich schon an dem Tage vorauszusehen, als jenes Programm der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Es machte darum einen seltsamen Eindruck, als die Regierung einen so gewaltigen Anlauf nahm, aus dem Staatsrath einen besonderen Hilfsredacteur zum „Staatsanzeiger“ detachirte und lange Artikel gegen jenes Programm anfertigen ließ. Es zeigte sich bald, daß dies im Grund Scheingefechte waren. Denn weniger die Volkspartei wurde vom Staatsanzeiger bekämpft, als vielmehr das „Programm des Beobachters“, das ausdrücklich, und mit Recht, von dem der Volkspartei unterschieden wurde. Man bekämpfte ein todtgeborenes Ding, das von der eigenen Partei verlassen war; dagegen verfuhr man bei Bekämpfung der auf dem Zettel der Volkspartei stehenden Bewerber mit sorgfältiger Auswahl. Es fiel der Regierung nicht ein, einem Desterlen, einem Mohl oder Probst Gegenandidaten entgegenzusetzen, während von den eigentlich nationalen Candidaturen keine war, die nicht außer der Demokratie und den Ultramontanen auch noch den Regierungseinfluß gegen sich gehabt hätte. Selbst Weber, der Präsident der letzten Kammer, und Duvernoy, der Märzminister, beides hervorragende Männer unseres parlamentarischen Lebens, beide sehr gemäßigt und, obwohl national gesinnt, doch außerhalb der Organisation der Partei stehend, die dem Herrn v. Mittnacht so verhaßt ist, wurden durch den Regierungseinfluß verdrängt, während noch zwei Tage vor der Wahl der

Staatsanzeiger, um ja keinen Zweifel über die Meinung der Regierung zu lassen, unter anderen Namen auch Mohl, Probst, Schott, Deffner als der Regierung angenehme Candidaten bezeichnete. Kein Wunder, daß die Regierung vollends Alles daran setzt, um die Wahl Hölders, des Führers der nationalen Partei, zu verhindern. Leider blieb dieser in Ballotage mit einem gänzlich unbedeutenden Candidaten der Volkspartei. Die Regierung hatte einen dritten Candidaten aufgestellt, und die Frage ist nun, ob bei der Nachwahl die Stimmen desselben dem nationalen oder dem demokratischen Bewerber zugewendet werden. Wenn man bedenkt, daß die Regierung auch auf dem nächsten Landtag vielleicht zuweilen in der Lage sein wird, den Forderungen der Demokratie gegenüber um die Stimmen der nationalen Partei zu werben, wie sie auf dem letzten Landtag derselben zur Durchführung der Verträge und der Militärreform bedurfte, wenn man ferner bedenkt, daß Hölder bei aller Entschiedenheit den nationalen Standpunkt zugleich mit der größten Mäßigung vertritt, wenn man seine vielfachen ausgezeichneten Verdienste um das öffentliche Leben, seine gediegenen Kenntnisse und langjährige parlamentarische Praxis erwägt — Vorzüge, die wahrlich in der eben gewählten Kammer dünn gesät sind, — so konnte man vielleicht erwarten, daß die Regierung größeren Werth auf die Wiederwahl einer solchen Capacität, als auf eine Verstärkung des demokratischen Clubs legen werde, um so mehr als doch auch da und dort die deutsche Partei Selbstverleugnung geübt und den Regierungscandidaten zum Sieg verholfen hat, wie denn ohne ihre Mitwirkung Herr Sarwey, der besondere Freund der Minister, seinen demokratischen Gegnern erlegen wäre. Die Sache schien wichtig genug, um in einem Ministerrath verhandelt zu werden, der am letzten Samstag gehalten wurde. So viel davon verlautet, waren die Minister getheilter Meinung. Nicht alle Collegen waren der Ansicht der Herren v. Mittnacht und Goltzer. Aber gerade die leitenden Minister wünschten, daß der Regierungseinfluß dem demokratischen Gegner Hölders zur Verfügung gestellt werde. Dies illustriert die wahre Gesinnung unserer Regierungskünstler heller, als alle polemischen Anstrengungen, die der Staatsanzeiger drei Wochen lang gemacht hat. Das Ministerium Mittnacht-Goltzer steht noch heute und den Warnungen des Wahltags zum Troß der Demokratie des Landes unendlich näher als derjenigen Partei, welche den ehrlichen Anschluß an den norddeutschen Bund verlangt.

Damit hängt es denn zusammen, daß mit Ausnahme einer einzigen Partei, der deutschen, alle anderen Parteiunterschiede sich verwischen und verflüchtigen. Man hat seine liebe Noth, die Anzahl der Erwählten ordentlich in Rubriken zu bringen. Niemand weiß genau zu sagen, wo die Grenzlinien der Volkspartei, der Regierungspartei oder gar der dunkeln Gesellschaft der

sogenannten „Großdeutschen“ zu ziehen sind. Alle Zeitungen klassificiren daher wieder anders und ein Haufen von Unglücklichen wird gleichzeitig von dieser und von jener Seite in Anspruch genommen. Gewiß ist vor der Hand so viel, daß die bestimmten politischen Bekenntnisse nur Minderheiten hinter sich haben, das Programm des Beobachters so gut wie das der deutschen Partei. Die große Menge ist schwer zu definiren; ein bescheidenes Mittelmaß ist nach jeder Beziehung die Signatur dieser ersten Kammer des allgemeinen Stimmrechts. In dieser Erkenntniß wird auch die Regierung rasch wieder von ihrem ersten Schreck sich erholen haben. Sie hat ein Material vor sich, das mit einiger Klugheit recht wohl sich wird behandeln lassen, und für Herrn v. Bamberger war es ja immer ein besonderes Vergnügen, seine Virtuosität in der Lenkung einer scheinbar widerstrebenden Volksvertretung zu zeigen. Insofern ist die Niederlage der Regierung mehr eine moralische; schwerlich werden ihr ernsthafte Schwierigkeiten daraus erwachsen.

Vor Allem ist nicht daran zu denken, daß wirklich Anläufe im Sinn der Volkspartei zu fürchten wären. Der Gedanke, die Verträge zu kündigen, ist zu kindisch, als daß seine Urheber versuchen sollten, Ernst damit zu machen. Daß das Volk dieselben aufrecht erhalten will, nicht mehr, aber auch nicht weniger — das hat es durch seine Abstimmung deutlich gezeigt. Und komisch war nur die Ernsthaftigkeit, mit welcher die demokratischen wie die Regierungskandidaten ihre Ehrlichkeit und ihre Vertragstreue betheuert, als ob es überhaupt in der Macht Würtembergs stände, jene Verträge einseitig zu kündigen, und als ob es schon eine unendlich anerkennenswerthe Leistung sei, nicht gradezu wortbrüchig zu werden. Die Volkspartei rechnet allerdings für sich etliche 40 Wahlsiege heraus. Wir sind weit entfernt, ihr einen einzigen dieser ominösen Zahl zu bestreiten, aber wir wissen, daß dieselben eine ziemlich vielseitige, um nicht zu sagen gemischte Gesellschaft darstellen, und daß es Mühe kosten wird, sie in einem Klub zusammenzuhalten. Die unbedingten Anhänger des Beobachters und seines Redacteurs sind nur ein Theil, und nicht eben der hervorragendste Theil der Partei. Die bekannten Namen, Bacher, Probst, Mohl, Desterlen, Schott u. s. w. bilden daneben eine Art unabhängige Linke und der Beobachter selbst unterscheidet sie heute schon von der Volkspartei im engeren orthodoxen Sinn. Weiterhin rechnet er dann für sich noch eine Anzahl „Großdeutscher“, mit welchem verschämten Namen er meist Ultramontane deckt, die bisher allerdings engste Freundschaft mit der Demokratie hielten, andererseits aber auch wieder in die nächste Gruppe, die sogenannten unabhängigen Großdeutschen oder Liberal-Conservativen hinüberspielen, die ihrerseits dann in sanften Schattirungen allmählich zu der Regierungspartei sich abstufen. Will die Volkspartei also auch in Zukunft durch ihre große Anzahl imponiren, so wird sie gemäßigte

Politik treiben müssen; überläßt sie sich excentrischen Gelüsten, so kommt sie bereits mit den Unterzeichnern des süddeutschen Reichenschaftsberichts in Conflict, der bekanntlich vertragstreu lautet. Das demokratische Programm vom 10. Juni entgeht also unmöglich einer fatalen Alternative: entweder seine Urheber machen sich nun rüstig daran, um den Südbund zu bauen, die Verträge mit Preußen zu zerreißen, und dann wird das Häuflein der Getreuen rasch zusammenschmelzen, oder man verzichtet von vornherein auf Anstrengungen im Sinn des Programms, und dann ist es eitel Phrase gewesen.

So sind es ziemlich schwankende und zweideutige Parteiverhältnisse, denen sich die Anhänger der nationalen Sache gegenüber befinden, und dies kann nur dazu dienen, die Stellung derjenigen Partei zu heben, die allein ein festes Ziel im Auge hat. Sie ist mit 12 Candidaten ihrer Richtung durchgedrungen, ein Erfolg, der nach der Niederlage im März die Gegner rechts und links unangenehm überrascht hat. Daß die nach dem Jahre 1866 gewählte Kammer mindestens wieder dieselbe Anzahl von nationalgesinnten Abgeordneten zählte, wie die vor sechs Jahren gewählte, das ist ohne Frage das wesentlichste Ergebnis der Wahl. Den Gegnern ist verdrießlich, daß das glänzende Renommée, das sich Schwaben mit seinen Zollparlamentswahlen erworben, nun wieder einen bösen Makel zeigt. Der Volkspartei ist es Vermuth in ihren Siegeskelch, der Regierung macht es die Niederlage zweisech empfindlich. Man hatte schon die verächtliche Miene einstudirt, mit welcher man die abermals gänzlich durchgefallenen Bettelpreußen zu mustern gedachte. Sie galten als ein für allemal beseitigt, abgethan. Und nun verstimmt nicht bloß die Zahl ihrer erfolgreichen Bewerber, sondern mehr noch die Thatsache, daß die Niederlage im März die Partei nicht entmuthtigen und desorganisiren konnte, und daß sie wenige Monate später wieder mit frischen Kräften auf dem Kampfplatz stand. Allerdings hat auch sie ihre Verluste erlitten. Weber, Wächter, Feyer, Goltzer (nicht der Minister) lassen empfindliche Lücken, und man darf es ihnen nicht vergessen, daß die Treue gegen die nationale Sache, der Muth, mit dem sie in ungünstiger Zeit ihrer Ueberzeugung gedient haben, ihnen die Stimmen der verheßten Wähler entfremdet hat. Und nicht bloß in nationalen Fragen wird man ihre Stimme vermissen, sondern für die Geschäfte überhaupt, für die Besetzung der Commissionen wird es sich als ein höchst zweifelhafter Gewinn herausstellen, daß man so manche bewährte parlamentarische Kraft durch sogenannte „Männer des Volks“ ersetzt und ihnen Aufgaben wie die Steuerreform und die Revision der Landesverfassung anvertraut hat. Andererseits aber hat die Partei wieder neue und werthvolle Kräfte gewonnen, so vor Allem Dr. D. Elben, den Redacteur des schwäbischen Merkurs, und Dr. C. Pfeiffer, den jungen Privatgelehrten und Volkswirth, beide in hervorragenden

Grenzböten III. 1868. 20

der Weise zum öffentlichen Leben befähigt. Pfeiffer's Wahl ist dadurch noch besonders bedeutsam, daß sie in Ulm, der zweiten Stadt des Landes, erfolgt ist und gegen Machinationen aller Art durchgesetzt wurde. Sie führt zugleich den ersten Israëliten in das Ständehaus und die deutsche Partei darf sich somit rühmen, in Vorurtheile, die in unserm Lande besonders tief wurzeln, die erste Bresche gelegt zu haben. Seine Wahl sowie diejenige Römers, des Protagonisten im Kampf gegen den schwarzröthen Particularismus, ist mannigfach im Lande gefeiert worden, und wenn die bevorstehende Nachwahl im Bezirk Göppingen, wie zu hoffen ist, noch Hölder der Kammer zuführt, so wird unsre Partei so wohl vertreten sein, als irgend eine andere.

Ob man freilich in diesen verhältnißmäßigen Erfolgen schon den Anfang der Besserung erblicken darf, ist eine andere Frage und nicht einfach zu bejahen. Durch die kleineren Wahlbezirke stellten sich die Aussichten der nationalen Partei von Anfang an günstiger. Doch ist so viel gewiß, daß den Männern der süddeutschen Fraction ihre Leistungen in Berlin wenigstens keine vermehrten Sympathien eingetragen haben. Auch erreichte die Wahlbewegung keineswegs dieselbe Höhe und nahm weit nicht dasselbe Interesse in Anspruch, wie vor 4 Monaten. Vergebens mühte sich der Beobachter mit allen Künsten der Reclame ab, diese Wahlen zu einer großen Staatsaction aufzublasen, und zwar im Gegensatz zur Zollparlamentswahl, bei welcher er doch nur getheilten Gemüths mitgethan hatte. Man könnte sagen, daß jetzt schon unser Volk von einer Wahl ins Parlament ganz anders in Bewegung gesetzt wird, als von der Wahl in den Particularlandtag, wenn nicht schon durch den kurzen Zwischenraum das Nachlassen der Bewegung sich erklärte. War doch die Wahl vom 8. Juli nichts als die zweite Auflage, ein Anhang zu der Wahl vom 24. März, bei welcher Alles schon dagewesen war und zudem alle Motive den Reiz und die Stärke der Neuheit gehabt hatten. Die speziellen Landesangelegenheiten, obwohl verhältnißmäßig wichtig genug, waren doch nicht im Stand die Gemüther lebhaft für und wider zu erhitzen. Es ist sehr bezeichnend, daß die eigene Steuerreform, die den nächsten Landtag beschäftigen wird und die dringlich genug ist — denn seit dem Jahr 1821 gilt bei uns ein „provisorisches Steueredikt“ — in den Zwiesgesprächen zwischen Candidaten und Wählern höchst selten eingehend behandelt wurde, während vor 4 Monaten das preußische Steuerwesen in Städten und Dörfern der Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen war: ein deutlicher Beweis, daß die Agitatoren des Tages lieber von Dingen reden, die sie nichts angehen und die sie nicht verstehen, als von solchen, die sie zwar auch nicht verstehen, die sie aber verstehen sollten.

So zehrte denn der Wahlkampf wesentlich von den Brocken von damals; an Erfindungen, in welchen jene Zeit so Uebermenschliches geleistet

hatte, kam wenig neues zu Tage, die schwäbische Phantasie hatte sich offenbar erschöpft. Herr Schott, der Verfasser der „Menschlichen Schwächen,“ der damals den Wählern damit heiß gemacht hatte, daß in der preußischen Armee noch die Prügelstrafe bestehe, und einen Redacteur, der ihm unsanft darauf gedient hatte, vor Gericht wegen Injurien verurtheilen ließ, hatte sich aufs neue angestrengt und versicherte jetzt der Universitätsstadt Tübingen, daß wenn das Land preussisch würde, überall die Schlagbäume wieder aufgerichtet würden. Aber derlei entbehrte doch schon den Reiz der Originalität. Es war im Ganzen nicht mehr dasselbe Temperament in der Polemik. Die Placate redeten eine mildere Sprache. Selbst die Presse schien — wofern uns nicht die Gewohnheit bereits abgehärtet hat, — ihren Ton um etwas herabgestimmt zu haben. Es machte einen eigenen Eindruck, als Herr v. Wittnacht vor den Wählern von Weikeröheim mit großer moralischer Entrüstung über die beklagenswerthen Ausschreitungen der Presse — er meinte die demokratische — sich beschwerte, die möglicherweise ernste Gefahren über das Land heraufbringe, denn diese Presse war jedenfalls nicht schlimmer als sie damals war, da sie noch das Wohlgefallen des Herrn Ministers und Mitglieds der süddeutschen Fraction genoß und die Heldenthaten des Ritters vom 1. Mai pries; wie es andererseits merkwürdig war, daß die Volkspartei jetzt anfing, über den unerträglichen Druck der Regierung und die entsetzlichen Beeinflussungen der Beamten zu lamentiren, denn die Mittel der Regierung waren doch diesmal genau dieselben, wie sie bei der Zollparlamentwahl gewesen waren, nur mit dem Unterschiede, daß sie damals noch außerdem dieselben Leute, welche heute lamentiren, als Avantgarde benützt hatte.

So also war Anfang, Verlauf und Resultat der jüngsten Wahlbewegung in Schwaben. Welches jedoch die muthmaßlichen Thaten der neugewählten Kammer sein werden, welchen Einfluß sie auf die Weltbegebenheiten auszuüben berufen sein mag, — solche und andere Fragen enthalten wir uns billig aufstellen oder gar beantworten zu wollen. Schwerlich wird der Regierung viel daran gelegen sein, möglichst bald die Willensmeinung der getreuen Stände einzuholen. Gelder besitzt sie für Jahre, und die Kammer früher, als bis wir 1870 schreiben, einzuberufen, ist ihr durch die Paragraphen der württembergischen Verfassung nicht auferlegt. Bis dahin aber mag manches anders werden als mancher Volksvertreter sich träumen läßt.

7.